

Vorwärts: Nordrhein-Westfalen

Regional

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Susanna Weineck

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

die NRWSPD hat die IV. Gelsenkirchener Gespräche als Chance genutzt, das eigene Profil weiter zu schärfen. Die NRW-Abgeordneten aus Europaparlament, Bundestag und Landtag sind sich einig: Der stärkste Landesverband der SPD wird sich aktiv in die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie einbringen.

Wir haben in der einmütig verabschiedeten Gelsenkirchener Erklärung die Schwerpunkte unserer inhaltlichen und programmatischen Arbeit beschrieben. Wir haben Akzente gesetzt in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit: Die NRWSPD hat sich beim Thema Rente mit 67 dafür ausgesprochen, dass es beim Renteneintrittsalter zu einer größeren Flexibilität kommen muss. Wer im Berufsleben hohen Belastungen ausgesetzt ist, muss auch ohne Abschläge früher in Rente gehen können. Zugleich brauchen wir gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik, um die Lücke zwischen faktischem und gesetzlichem Renteneintrittsalter zu schließen.

Die NRWSPD hat sich für einen Mindestlohn ausgesprochen, der heute schon in zahlreichen EU-Staaten gezahlt wird. Wir werden alles dafür tun, dass es bei Löhnen und Ge-



Es grüßt euch
Jochen Dieckmann

halten nicht zu einem freien Fall kommt. Außerdem haben wir klar gemacht: Wir treten für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ein, damit Langzeitarbeitslosen eine berufliche Perspektive geboten werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD in Nordrhein-Westfalen will ein Konzept für „Die Beste Schule in NRW“ erarbeiten. Die Debatte darüber wird nun beginnen. Abschließend werden wir auf einem Landesparteitag im kommenden Jahr nach breiter öffent-

licher Diskussion über die künftige Schul- und Bildungspolitik der NRWSPD entscheiden. Ebenfalls haben wir uns in Gelsenkirchen darauf verständigt, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und beitragsfrei werden soll.

Das sind konkrete Aussagen und Perspektiven für die Menschen in NRW. Wir haben damit begonnen, uns inhaltlich und organisatorisch neu aufzustellen. Damit es in den Jahren 2009 und 2010 eine klare Alternative zur unsozialen und marktradikalen Politik der schwarz-gelben Landesregierung gibt. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Wir sind auf einem guten Weg.

Qualität als Maßstab

DER Q-FAKTOR

Die NRWSPD diskutierte über Verbraucherpolitik

Neues Profil gewinnt die SPD in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik. War sie zu rot-grünen Zeiten zu sehr vom kleinen Koalitionspartner „besetzt“, besinnt sich die SPD wieder auf „ihr“ Thema. NRW hat in der Vergangenheit eine hervorragende Verbraucherpolitik gemacht. „Das Netz der Verbraucherzentralen in den Städten ist so dicht wie in keinem anderen Bundesland“, stellen Bernhard Daldrup für den SPD-Landesverband und Svenja Schulze als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion fest. Karl-Heinz Schafartzik, Chef der NRW-Verbraucherzentrale warnte deshalb auch vor einem Verlust dieser Qualität durch Kürzungen bei den Verbraucherzentralen.

Wie kann angesichts von Lebensmittelskandalen, Lohndumping und Billigkonkurrenz eine verbraucherorientierte politische Strategie aussehen? Welche Chancen bestehen für eine Allianz zwischen Produzenten, Konsumenten und Handel?

Detlef Steinert von der CMA, Markus Dietrich (NGG) und Prof. Hans-Ulrich Hensche, Agrarwissenschaftler von der FH Südwestfalen diskutierten über Qualität, Standards und Transparenz von Verbraucherpolitik; für ein neues Verständnis des Verbrauchers warb Prof. Dr. Michael Piorkowski von der Uni Bonn, für den Verbraucherpolitik nicht an der Ladentheke endet und schließlich schlug Ulrich Kelber den Bogen zur Bundespolitik, in der die SPD sehr viel stärker Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher bleiben müsse.

Die Veranstaltung in der Dortmunder Handwerkskammer brachte zahlreiche wichtige Ansatzpunkte, aber auch bittere Erkenntnisse: Die Drittelung der Gesellschaft schreitet weiter voran. Rund 25 Prozent der Konsumenten können sich nach eigener Einschätzung „fast nichts mehr leisten“, während 50 Prozent „im großen und ganzen zurecht kommt“. Wolfgang Twardawa stellte die jüngsten Ergebnisse der

Neumitgliedertreffen der NRWSPD
Samstag, 25. März, 11-16 Uhr
Münster (Halle Münsterland)

5000 neue Mitglieder hat die NRWSPD. Bei einem landesweiten Treffen sind ihre Anregungen an die SPD gefragt. Eingeladen sind die neuen Mitglieder, ihre Freunde und wer sich für die Mitgliedschaft in der SPD interessiert.

Kontakt und Information:

Jörg Biesterfeld,
Tel.: 0211/13622332
Anmeldung unter
www.nrwspd.de/neumitgliedertreffen



GfK-Verbraucherforschung vor. „Qualität ist wieder auf dem Vormarsch“, so der Verbraucherforscher, der jedoch deshalb noch kein Ende der „Geiz-ist-Geil-Mentalität“ sah. Ebenso ernüchternd ist, dass in NRW das Bewusstsein zum Kauf regionaler Produkte unterentwickelt ist. Achten in den neuen Ländern die Menschen zu über 60 Prozent beim Einkauf auf regionale Produkte, sind es in Bayern immerhin 47 Prozent, jedoch in NRW nur 30 Prozent. Kein Beweis, mag man sich trösten, für den Vorwurf der Konservativen, die NRW-Politik habe in der Vergangenheit zuviel auf die Förderung der Regionalvermarktung gesetzt.

Um die Diskussion zu verbreitern, wird die SPD in Kürze einen eigenen Reader zur Verbraucherpolitik veröffentlichen, der die Beiträge des Forums enthält. ■



Auf der Nordseeinsel Spiekeroog suchte Johannes Rau oft mit seiner Familie Ruhe und Entspannung.



Beifall für Rau: Bundeskanzler Gerhard Schröder gratuliert Johannes Rau zu seiner Wahl als Bundespräsident (23. Mai 1999 im Berliner Reichstag).



Von 1977 bis 1998 ist Johannes Rau Vorsitzender der NRWSPD. Hier bei einer Rede auf dem Landesparteitag am 31. Januar 1998.



Um Aussöhnung bemüht: Rau besucht im April 2002 gemeinsam mit dem italienischen Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi einen Kindergarten in Marzabotto, wo die deutsche Wehrmacht ein Massaker angerichtet hatte.

Landesvater und Staatsmann:

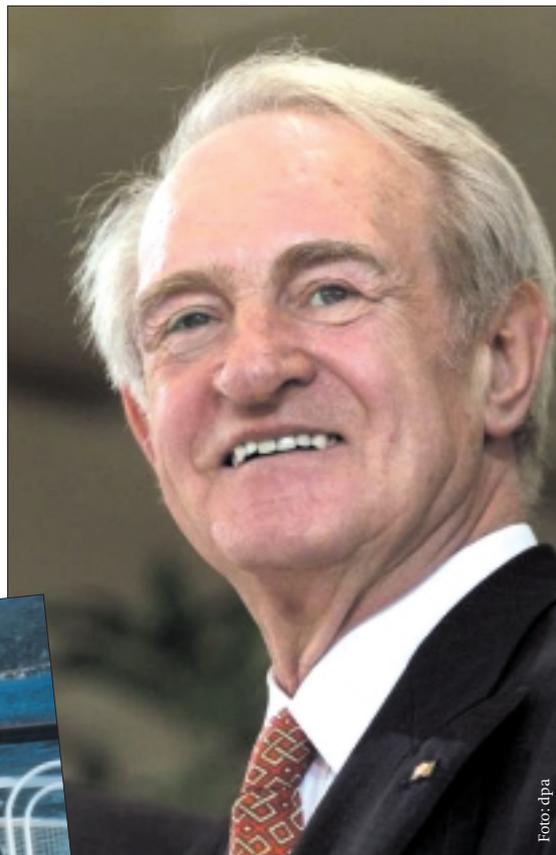
Johannes Rau war einer der ganz Großen der SPD

Wie kein anderer hat Johannes Rau Nordrhein-Westfalen geprägt. Er ist es, dem wir das Leitmotiv „Wir in NRW“ verdanken. Er hat es zum Erfolg gemacht, indem er es vorlebte. Wir verdanken ihm das Bewusstsein, ein Land zu bilden, in dem aus Vielfalt Kraft wird.

Johannes Rau war einer der ganz Großen in der sozialdemokratischen Partei – so hat Matthias Platzeck gesagt. Er hat Recht. Wie kaum jemand anderes verkörperte Johannes Rau unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir werden es nicht vergessen: Es war der Ministerpräsident Johannes Rau, der unser Land führte und den Menschen zur Seite stand, als es darum ging, den Strukturwandel zu bewältigen.

Wir trauern um Johannes Rau. Mit uns trauern viele Menschen – in Deutschland und in der ganzen Welt. Sie trauern um den Bundespräsidenten, den Staatsmann, den liebenswürdigen Menschen.



Johannes Rau hält am 16. Februar 2000 als erster deutscher Bundespräsident eine viel beachtete Rede in der israelischen Knesset. (Von links: Johannes Rau, Avraham Burg, Vorsitzender der Knesset und Ezer Weizmann, israelischer Präsident)



Rau pflegt intensive Kontakte mit Israel. Israels Staatspräsident Mosche Katzav am 9. Dezember 2002 zu offiziellen Gesprächen in Berlin.



Johannes und Christina Rau bei einer Schiffsfahrt auf dem Comer See. (April 2002)



20 Jahre lang war Rau Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 20. September 1978 wird er von Landtagspräsident Wilhelm Lenz vereidigt.



Mit seinem Vorgänger als Ministerpräsident, Heinz Kühn, bei einer Feier in der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Februar 1991.



Johannes Rau und Willy Brandt beim außerordentlichen SPD-Parteitag in Köln 1983.

Schwarz-gelber Landeshaushalt ist geprägt von sozialer Kälte



VON HANNELORE KRAFT

VORSITZENDE DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW

Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat für 2006 ihren ersten Haushaltsentwurf vorgelegt. Er ist rückwärtsgewandt und geprägt von sozialer Kälte. Denn CDU und FDP wollen eine andere Gesellschaft und daran bauen sie jetzt: In der Schulpolitik, in der Wirtschaftspolitik, beim Mieterschutz, im Umgang mit dem Ehrenamt und nicht zuletzt im Haushalt durch das Zusammenstreichen von notwendigen Zuschüssen. 'Privat vor Staat' lautet ihre Kernbotschaft. Staatliches Handeln wird unter Generalverdacht gestellt. Doch dadurch wird den Menschen nicht mehr Freiheit gegeben, sie werden vielmehr alleine gelassen. Stück für Stück zieht sich das Land aus seiner Verantwortung für das Wohlergehen der Menschen in unserem Land zurück. Die Verbände der Wohlfahrtspflege, die Beratungsein-

richtungen und die Hilfsorganisationen haben es bereits zu spüren bekommen. Die neue Freiheit bedeutet für viele die Kündigung ihrer Mitarbeiter in den Einrichtungen.

Verlierer dieser Politik sind vor allem die Kinder und Jugendlichen in unserem Land. So zerstört die Regierung Rüttgers mit einem Federstrich das Vertrauen junger Menschen in die Verlässlichkeit der Politik. Vor zwei Jahren hatten alle Parteien gemeinsam den Jugendverbänden die gesetzliche Garantie gegeben, dass ab 2006 eine verlässliche Finanzierung des Landesjugendplans erfolgen wird. Ohne jede Not wird dieses Versprechen jetzt gebrochen, denn die Mittel dafür wären da. Allein für die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und den Flughafen Münster-Osnabrück sollen in diesem Jahr mehr Zuschüsse fließen, als die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht des Landes gegenüber der Jugend kosten würde. Doch CDU und

FDP bedienen lieber ihre Partei-Klientel und darunter müssen alle anderen leiden. Wer so leichtfertig die Glaubwürdigkeit der Politik bei den Jugendlichen verspielt, der darf sich über die Folgen nicht wundern.

Aber die Kleinsten in unserer Gesellschaft werden nicht nur durch die Kürzung in Höhe von 20,9 Millionen Euro im Landesjugendplan getroffen: Bei den Kindertagesstätten werden 114,4 Millionen Euro gestrichen und zudem wird eine Welle von Erhöhungen bei den Elternbeiträgen ausgelöst. Die Schülerfahrtkosten werden um 27,4 Millionen Euro rasiert. Gekürzt wird bei der Übungsleiterpauschale, beim Ehrenamt und bei der Schulmilch. Das ist der Auftakt für 'das Jahr des Kindes', das Rüttgers in seiner Neujahrsansprache angekündigt hat: Politik mit dem Rotstift auf dem Rücken derjenigen, die sich nicht wehren können.

Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung haben immer wieder versprochen, dass sie die Strukturen der sozialen Einrichtungen in unserem Land nicht zerstören werden. Mit diesem Haushalt beginnt aber genau dieser Prozess. Die Sozialen Netze werden weg brechen. 7,8 Millionen Euro werden beispielsweise bei der Familienbildung gestrichen. Die Mittel für die In-

tegration der Behinderten werden um 12,9 Millionen Euro zurückgefahren. Den Krankenhäusern im Land fehlen alleine 3,5 Millionen Euro, weil die fällige Anpassung der Pauschalen an die Kostenentwicklung um zwei Jahre rausgeschoben wird. Dieselbe Summe wird bei der Finanzierung der Frauenhäuser und den Programmen gegen Gewalt gegen Frauen eingespart.

Für die SPD-Landtagsfraktion steht also fest: Der Haushaltsentwurf der Landesregierung wird von uns nicht akzeptiert. Er setzt falsche Schwerpunkte und er wird schlimme Konsequenzen insbesondere in der Jugend- und der Sozialpolitik haben. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelbe Koalition auf Kosten der Kommunen spart. Sie ziehen sich in vielen Bereichen aus der Verantwortung zurück und wälzen diese auf die Städte und Gemeinden ab oder lassen die Betroffenen ohne jede Hilfe mit ihren Problemen alleine. CDU und FDP lehnen es ab, die Mittel und Gestaltungsmöglichkeiten des Staates zu verwenden, um die Lebensbedingungen der Menschen besser und gerechter zu gestalten. Das ist und bleibt die originäre Politik der Sozialdemokraten für Nordrhein-Westfalen. Daher werden wir Änderungen in zentralen Bereichen vorschlagen und aufzeigen, wie sie zu finanzieren sind. ■

